

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark, einschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsvorleser unter Coale-Zeitung eingeschoben. Für unversorgt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Coale-Zeitung“ gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1140, der Hauptredaktion Nr. 1133 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Coale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gelbsteilen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Feststellungszeit: 5 Uhr. Erscheint täglich mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, C. Schaubauer, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Mühlstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 441.

Halle, Mittwoch, den 21. September 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Die Resolution für die „Große Koalition“ angenommen.

Görlitz, 20. September. Schon der Verlauf der heutigen Debatte zeigte unabweisend, daß die Annahme der Resolution des Parteivorstandes mit großer Mehrheit gesichert war. Die Opposition bildeten lediglich die Franzosen, die Östlinger, Chemnitzer und ein Teil der Thüringer und Schiefer. Nachdem das Wort „Grundforderungen“ durch das Wort „Mindeforderungen“ ersetzt und der letzte Absatz dahin abgeändert worden war, daß die Koalition im Einverständnis mit dem Parteivorstand über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden soll, wurde die Resolution in namenhafter Abstimmung mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen. Damit sind alle anderen zu dieser Sache gestellten Anträge erledigt.

Die Debatte.

Die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitagcs begannen gestern vormittag wiederum kurz nach 9 Uhr. Die Debatte über den Bericht des Parteivorstandes wurde fortgesetzt. Nach einem Braunschweiger Redner, dem Landwirt Rübner, nahm Hermann Müller das Wort, um sich gegen die Opposition zu wenden. Wir müssen gegenüber der Republik eine andere Staatsmeinung zum Ausdruck bringen, als dem alten Obrigkeitsstaat gegenüber. Die Herren Agitatoren sollten doch die Manuskripte aus der vorrevolutionären Zeit endlich neubekennen. Wir müssen vor allem Einfluß auf die Länder bekommen, in deren Hände die Exekutive liegt. Müller forderte den Parteitag schließlich auf, alle Abänderungsanträge abzulehnen und die Resolution anzunehmen.

Bauer (Dübendorf) warnte davor, den Parteivorstand und die Fraktion in ihrer Tatkraft auf eine bestimmte Linie festzulegen. Schwarz-Bernstein erwiderte die Vermutung, zu bedenken, was werden würde, wenn man sich nicht mit der Koalition verhält. Es könnte dann sehr rasch der Tag kommen, wo wir nicht mehr die Wahl hätten, unter diesen oder jenen Bedingungen in die Regierung einzutreten, sondern wo wir auf alle Fälle draußen seien. Dann aber würden sich die Gegensätze zwischen Bürgerum und Arbeiterschaft ungemein verschärfen und die Konsequenzen würden unabsehbar sein.

Dr. Albert Rübner, der frühere Außenminister, wies auf die außenpolitische Bedeutung hin, die die Entscheidung des Parteitagcs habe. Das Ausland hat das größte Interesse daran, daß endlich in Deutschland eine stabile, weiche Koalition des Volkes umfassender Regierung zustande kommt, mit der auf längere Zeit verhandelt und Abmachungen getroffen werden könnten.

Cito Braun, der ehemalige preussische Ministerpräsident, ist angenehm überrascht über den geringen Widerstand, den die Resolution auf dem Parteitag gefunden habe. Sie führt zur Umkehrung der Partei von einer agitierenden in eine regierende. Wir müssen den Willen zur Macht haben, dann werden wir auch das Vertrauen in unsere Kräfte haben. Einer seiner Vorredner habe die Resolution des Parteivorstandes Gummi genannt. Er nehme den Ausdruck auf und lasse die Resolution solle der Gummiwäppler sein, um alle Hindernisse, die sich der Republik entgegenstellen, niederzuschlagen.

In der ersten Mittagspause wurde ein Schlusspantrag angenommen. 15 weitere Redner traten darauf für Abgeordneter Franz Krüger sprach hierauf das Schlußwort.

Ein Antrag Hermann Müllers zur Außenpolitik.

Die Blätter melden: Der sozialdemokratische Parteitag in Görlitz eine Entschließung ein, die die Frage der Außenpolitik behandelt. Es heißt darin: Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailles Vertrages verhindern die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen. Die Gründung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der aufbauereichten Kreise aller Länder zur Voraussetzung. Die deutsche Sozialdemokratie hat alles getan, um den schleunigen Aufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien zu fördern. Die dem deutschen Volke durch den Versailles Vertrag auferlegte Gesamtlast ist auf die Dauer untragbar. Die Schäden des Weltkrieges können nicht von einem Volke allein repariert werden. Die Lage der Arbeiterklasse in allen Ländern der Welt fordert gebieterisch eine Revision des Versailles Vertrages. Eine schleunige Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige oberste Industriegebiet ist erforderlich. Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen dem Versailles Vertrag widerstrebenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen gefordert werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern.

Die große Koalition auf dem Marsche.

Als Friedrich Naumann einst den Blick über die Weite des Wasserstraßen als die Zukunftsgewinnung des neuen Deutschland empfahl, da wählten sich die Träger der beiden Namen aufs heftigste dagegen. Aber die Verhältnisse waren härter als die Menschen. Noch im alten Reichstage war Naumanns Traum verwirklicht. Freilich hätte der deutsche Parlamentarismus seiner gegündet sein müssen als das in lateinlichen Deutschland sein konnte, um die politische Führung an sich zu reißen und so möglich den Krieg zu verhindern. Das ging über Menschenkraft. Im zweiten Teile des Krieges kristallisierte sich eine andere Weisheit im Reichstage heraus: die von Fortschrittlicher Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen beteiligten sich am Interfraktionellen Ausschuss, und bei der berühmten Friedensresolution vom Juli 1917 gab sie eine Erklärung ab, die sich gleichfalls für einen Verständigungsfrieden aussprach. Nach dem Zusammenbruch erhob sich stark und kräftig die Deutsche Demokratische Partei als Zusammensetzung des nichtsozialistischen und nichtliberalen Bürgertums. Mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie hat sie das Reich gerettet und den Wiederaufbau in die Wege geleitet. Eine künftige Gerichtsrechnung wird ihrer Vorsehung und hingebenden Arbeit für das Vaterland sicher einmal gerecht werden, als es die Wähler von heute zum Teil tun. Tatsache ist, daß der geschichtliche und politische Sinn im deutschen Volke noch nicht so weit entwickelt ist, daß die Mehrzahl unserer Mitmenschen die Schwierigkeiten würdigen könnte, die heute sich der fruchtbarsten politischen Arbeit entgegen stellen. So konnte es kommen, daß die Wiederbaupartei, deren Anhänger nicht durch ein fruchtbares Band oder das klajennmäßige Interesse ihrer Anhänger zusammengehalten werden, zugunsten der Opposition an Anhängern verlor. Wenn aber etwas die Führer der deutschen Demokratie mit diesem Ausgang verlohnen kann, so die Erhaltung, daß heute in der Koalition nicht rechts hin die besten Männer auftreten und ihren Anhängern verloben, daß die Demokratie Deutschlands einziges Heil ist. Mit anerkennenswerter Mute haben das die Herren von Campe und von Kardorff in der Deutschen Volkspartei getan, und die Partei als Ganzes hat sich klar auf den Boden der Verständigung gestellt, obwohl sie sie in Weimar abgelehnt und befürwortet hatte.

Der Deutschen Demokratischen Partei ist es nie um Parteizwecke zu tun gewesen. Sie war der Auffassung, daß Parteien nicht um ihrer selbst willen da sind, sondern daß sie Instrumente abgeben müßten, das Vaterland aus seiner großen Not zu retten. Drum vertrat sie: auch die Auffassung, daß, wie der Heldberg Formationen eintreten muß, um den Sieg zu erringen, auch Parteien rückhaltlos für die höheren Ziele der Nation eingesetzt werden müßten.

In dem Maße wie sich das Schwergewicht der Parteien nach rechts verhielt, forderte die Demokratische Partei die Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts. Nach den Reichstagswahlen vom Juni 1920 lag diese Forderung im Interesse des Wiederaufbaus. Die Sozialdemokratie meinte damals, eine solche Koalition noch nicht tragen zu können. Sie ließ die Demokraten allein mit Zentrum und Volkspartei in die Regierung ziehen. Dem Kabinett Scheubach-Simons stellte damit die breite Notwendigkeit, die es gerade für die Lösung der Wiedergutmachungsfrage zu bringen benötigte hätte. Das von dem Ultimatum ließ die Deutsche Volkspartei vor einer notwendigen Entscheidung zurückbleiben. Wieder mußten die drei Verfassungsparteien unter schwierigen Umständen die Regierung übernehmen. Aber wiederum nur es auch die Deutsche Demokratische Partei, die vom ersten Tage an die Lösung ausgab; Regierung der breiten Mitte. Jetzt stehen wir vor der großen Frage der Aufbringung der Mittel für die Erfüllung. Ob sie überhaupt zu lösen ist, ist eine Frage, die in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben kann. Daß aber Kistenanstrengungen gemacht werden müssen, um in die Phalanx der Öegner eine Bresche zu legen, begreifen jetzt alle politisch Unterworfene. Handel, Industrie und Landwirtschaft sind bereit, ihre Realwerte für eine Geldanleihe nutzbar zu machen. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die demokratische Forderung nach einer Regierung der breiten Mitte eine Unmöglichkeit wird. Erschwerend liegen jetzt zwei Umgebungen vor, die beweisen, daß das Ziel heute keine Utopie mehr ist. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Görlitz hat sich der Referent des Parteivorstandes Hg. Franz Krüger gegen die Tatkraft gewandt, daß sich die Partei auf bestimmte Parteien, mit denen sie zusammen gehen soll,

festlegt. Er hat eben die Notwendigkeit einer breiten Regierungsbasis betont und einen Zusammenhalt aller produktiven Kreise, die sich auf den Boden der Verständigung stellen, gefordert. Nur so liege sich der Zugang der Republik und der wirtschaftliche Aufbau verwirklichen. Auch Scheubach, dessen Haltung vor dem Parteitag noch recht ungewiß war, hat sich am gleichen Tage geäußert. Gleichzeitig hat er dem rechten Flügel seiner Partei in Lüdenscheid Herr Dr. Stresemann gedrängt. Auch er trat für ein Kabinett auf breiter Grundlage ein. Man soll nicht glauben, daß damit die Schwierigkeiten schon behoben seien. Noch weiß man nicht, wie in Görlitz die Dinge laufen werden, und die Personalfragen gestalten sich bei jeder konkreten Regierungsbildung ungemäßer. Aber mit Vergegenwärtigung der Deutschen Demokratische Partei feststellen, daß ihr Ziel, die große Koalition, auf dem Marsche ist. Wo ein Wille ist, da wird sich auch ein Weg finden lassen. Von der nächsten Entscheidung wird wahrscheinlich das Schicksal unseres Vaterlandes und das Schicksal der Menschheit entscheidend bestimmt werden.

Graf Lerchenfeld bayerischer Ministerpräsident?

München, 20. September. Sicherem Vernehmen nach ist von der Bayerischen Volkspartei für den Ministerpräsidentenposten Graf Lerchenfeld ausersehen worden. Graf Lerchenfeld war früher Bezirksamtmann in Berchtesgaden und ist gegenwärtig Bevollmächtigter des Reiches in Darmstadt. Er gehört der Bayerischen Volkspartei an und ist ein Keffe des bekannten jahrzehntelangen Berchters Bauern in Berlin. Zu unserer Meldung über die vorausgesetzte Ernennung des Grafen Lerchenfeld zum bayerischen Ministerpräsidenten erfahren wir, noch drastisch aus Berliner politischen Kreisen, daß Graf Lerchenfeld der aussichtsreichste Kandidat für den bayerischen Ministerpräsidentenposten ist, der von der Bayerischen Volkspartei in den Vordergrund gestellt werden soll. Man rechnet damit, daß die Umbildung des bayerischen Kabinetts durch die Ernennung des neuen Präsidenten und des neuen Justizministers noch in dieser Woche erfolgen wird. Die vom gegenwärtigen Geschäftsmittler nur inoffiziell geführten Verhandlungen mit Berlin werden jedoch wieder offiziell aufgenommen werden. Man gibt sich in hiesigen politischen Kreisen der besten Hoffnung hin, daß es gelingen wird, den Konflikt zwischen Berlin und Bayern bald beizulegen. Die bisher inoffiziell geführten Verhandlungen mit den bayerischen Vertretern haben erkennen lassen, daß man bereit ist, zur frühesten Verhandlungsgrundlage zurückzutreten. Graf Lerchenfeld ist in Berlin nicht unbekannt. Er gehört als Kothold der Zentrumspartei an und ist hier lange Zeit im Auswärtigen Amt tätig gewesen, wo er als Gehilfen Legationsrat die politische und nachher die italienische Abteilung leitete. Vor ungefähr einem Jahre ging Graf Lerchenfeld als Bevollmächtigter des Reiches nach Darmstadt.

Einige Fragen an Herrn Pöhner.

In Saden des Erbergermerdes stellt die „Münchener Post“ folgende Fragen an den Vizepräsidenten Pöhner: „Wie kommt es, daß einzelne Leute einige Stunden, bevor ihre Verlobung zur Vernehmung eintraf, aus München verdußte sind? War es dem Herrn Staatskommissar unbekannt, daß Oberst Bauer öfter in einer Münchener Pension gewohnt hat? War es dem Herrn Staatskommissar unbekannt, daß Oberst Bauer wiederholt in einer Pension seinen Gesinnungsfreund besucht hat, der sich seines freundschaftlichen Verkehrs mit Pöhner und Lubendorf vor Zeugen gerühmt hat, und der mit Pöhner und dem Würder Illfessen in den letzten Monaten nach seiner eigenen Angabe sorgfältig Telefongespräche geführt hat? Ist es unwahr, daß Oberst Bauer diesen Herrn am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 5 Uhr, zum letzten Mal persönlich besuchte? Ist es richtig, daß dieser Herr, der sich seiner Freundschaft mit Pöhner sorgfältig gerühmt hat, gleichzeitig mit zwei unterbreiten verhafteten deutschpolitischen Herren eng befreundet war? Will Herr Pöhner auf diese Fragen erklären, daß er durch diese Herren von der Annahme des Oberst Bauer in München nie etwas erfahren hat? Die Beantwortung dieser Fragen dürfte Herrn Pöhner nicht unangenehm sein.“

Die Betriebsratswahlen in Oberschlesien.

Polnische Fälschung der Ergebnisse. Die Polen haben neuerdings ein neues Agitationsmittel ausfindig gemacht, um nachzuweisen, daß Oberschlesien polnisch sein soll und daher rechts an Polen fallen müsse. Es haben nämlich in letzter Zeit in oberbeschießen Industriestädte die Betriebsratswahlen stattgefunden und deren Ergebnis luden die Polen nur zu ihren Gunsten auszufälschen. Die Berichte erweisen vor allem den Eindruck, als würden die Betriebsratswahlen in sämtlichen Werken aufgezählt. Die Berechnung, die man in allen polnischen und oberbeschießen Zeitungen findet,

